

Wolfgang Schlagwein

Haushaltsrede 2004

*Energiekosten zeigen noch viel Sparpotential*

*„Scheck-Diplomatie und Empfangswesen“ nicht zu Lasten bewährter Projekte ausbauen*

*ÖPNV braucht mehr als TÜV-Plaketten*

Anrede,

Die Grünen begrüßen heute ein neues Fraktionsmitglied, das aber so neu nicht ist, sondern schon auf 2 Kreistagsperioden zurück blicken kann.

Es war auch in jener Haushaltsberatung vor 7 Jahren zugegen, über die eine Zeitung schrieb: „Die Grünen erinnerten an einen abgelehnten Antrag vor vier Jahren, einen Energiebeauftragten im Kreishaus zu benennen. ... Schlagwein erlebte kurz vor der heiligen Nacht ein Wunder: Ein geläuterter Landrat erklärte reinen Herzens: meine damalige Einschätzung zum Energiecontrolling war falsch.“

So begannen **die ersten Energiesparschritte** im Kreishaushalt.

Was für ein Sparpotential hier immer noch schlummert, belegt der Haushalt 2004 auch 7 Jahre nach jener Haushaltsberatung 1997.

Alleine 4 Schulen können sich 2004 rund **15.000 Euro Energiesparprämie** gutschreiben.

Das sind anteilige Prämien, die den Schulen für ihre Sparerfolge von der erzielten Gesamteinsparung gutgeschrieben werden.

Zu diesen Prämien kommen im Vermögenshaushalt alleine für diese Schulen nochmals über **40.000 Euro**, die **für weitere Maßnahmen zur Verbrauchssenkung** aus bisherigen Einsparerfolgen reinvestiert werden.

Von solchen Früchten hätten wir schon mehr und früher ernten können. Auch als Ergebnis eines sehr hohen Engagements in den Schulen.

Es ist bemerkenswert, welche Einsparpotentiale sich trotz jahrelanger finanzieller Nöte in einem Landkreis immer noch auf tun!

Sparpotentiale, von Laien aktiviert, im 7. Jahr, nachdem durch RWE ein Energiecontrolling für die kreiseigenen Gebäude eingeleitet wurde.

An dieser Stelle appellieren wir an Kreistag und Verwaltung, die Planungen für eine **Hackschnitzelheizung** der Hauptschule zu unterstützen, die wir im Rat der Kreisstadt angeregt haben. Wir stellen uns vor, den Nahwärmeverbund der Hauptschule mit den benachbarten Sonderschulen des Kreises in diesem Sinne zu modernisieren.

In der Rechnungsprüfung des Jahres 2002, die wir heute abgeschlossen haben, fanden wir die Abrechnung der **Fenstersanierung des Are-Gymnasiums**.

Diese Sanierung entspringt der Bausubstanzanalyse der kreiseigenen Schulen, die eine der Grundlagen für die im Kern unstrittigen Schulbauprojekte des Kreises ist.

**Zu genau darf man allerdings nicht überall hinschauen.**

Es war auch vor 7 Jahren, als sich die Grünen bitter, aber vergeblich beschwerten, daß die Fensterrahmen des Are für 77.000 DM saniert wurden, **die alten Einfachglasscheiben** aber wieder eingebaut wurden.

Dies sei um 270.000 DM kostengünstiger und damit wirtschaftlicher als der Einbau von Wärmeschutzglas, wie es Die Grünen wollten.

2002 wurden die sanierten Fenster dann herausgerissen und durch Wärmeschutzfenster für nochmals 150.000 Euro ersetzt.

Eine Sanierung zuviel und 6 Jahre unnötige Heizungskosten: auch so etwas firmiert heute als Schulbauoffensive.

Das trifft ausdrücklich nicht den heute amtierenden Landrat.

Für ihn ist es dringend Zeit, daß wir ihn **von Repräsentationsverpflichtungen entlasten**.

Wir müssen nicht nur den Kreis, sondern auch dessen kommunalen Spitzenbeamten auf seine **Kernaufgaben** konzentrieren.

Angesichts der gescheiterten kreisweiten Wirtschaftsförderung, angesichts des Desasters im ÖPNV, angesichts eines Technologieparks, der auch nach 10 Jahren nur aus einem Autobahnanschluß besteht, muß der Landrat von der Belastung befreit werden, **täglich Schecks a 100 Euro** überreichen zu müssen.

Rechnet man die dazu von ihm eingerichteten Haushaltsstellen zusammen, ergibt dies **an jedem Arbeitstag des Jahres** mindestens einen Scheck, der überreicht sein will.

Zu den um sich greifenden Schaufensteransätze gehört auch die **Erhöhung** des Ansatzes „**Öffentlichkeitsarbeit/Wirtschaftsförderung**“ um rund **10.000 Euro**.

Diese zusätzlichen 10.000 Euro dienen alleine zum erhöhten Ausstoß von Werbebroschüren und von Wirtschaftsempfängen.

Sie lenken ab vom Wesentlichen, z.B. von der gescheiterten kreisweiten Wirtschaftsförderung (im Nachhinein auch nur ein Schaufensteransatz).

Mit Empfängen statt Erfolgen ist auf Dauer kein Staat zu machen.

Ähnlich **gescheitert** wie die kreisweite Wirtschaftsförderung ist die Förderung „**innovativer Fremdenverkehr**“.

Mit **135.000 DM** wurde dieses Schaufenster 2001 erstmalig dekoriert, nur **20.000 Euro** wurden daraus abgerufen.

Im Jahr 2002 nicht einmal mehr die 20.000 Euro.

Wir **beantragen** daher, die Haushaltstitel „Repräsentationen“ (7.200 EUR), „Ehrenamt“ und „allg. Sportförderung“ (je 9.700 EUR) zu streichen und den Titel „Öffentlichkeitsarbeit/Wirtschaftsförderung“ auf dem Stand von 2003 zu halten (von 31.440 auf 19.600 Euro).

Mit den rund **38.000 Euro**, die damit frei werden, wollen wir die vom Landrat vorgeschlagenen **20%igen Kürzungen beim Kinderschutzbund und beim Projekt „Berufsrückkehrerinnen“** überflüssig machen und für die **Gruppenleiterfortbildungen** den Ansatz wieder auf die Höhe der Ist-Ausgaben von 2002 heben.

Es ist uns völlig unverständlich, wie man langjährige und bewährte Projekte mit überproportionalen 20%igen Kürzungen in ernste Finanzierungsprobleme bringt, während die 100-Euro-Scheck-Diplomatie (die keinen Verein rettet) und das „Empfangswesen“ ausgebaut werden.

Die restlichen Mittel, die durch unseren Antrag frei werden, sollen für den Einsatz von **Busbegleitern im Rahmen der Schülerbeförderung** eingesetzt werden.

Die Verwaltung soll beauftragt werden, hierzu ein Konzept vorzulegen.

Eine **Sperre** beantragen wir für die Zuschüsse zum **Gründerzentrum in Sinzig** und das geplante **Veranstaltungsgebäude** bei der Ruine **Olbrück** (100.000 Euro). Für das Gründerzentrum sind 217.500 Euro vorgesehen, die **in der bisherigen Finanzplanung nicht veranschlagt** waren.

Vor Freigabe der Mittel erwarten wir daher einen Sachstandbericht im Kreisausschuß über den Stand der Kosten im Vergleich zum bisher geplanten Kostenrahmen ebenso wie über den zeitlichen Stand des Projektes im Vergleich zur bisherigen Zeitplanung.

Zum Veranstaltungsgebäude Olbrück konnte ich im KUA nur erfahren, daß Bund und Land fördern. Über Gebäude und Konzept war nichts bekannt.

Angesichts leerer Kassen dürfen wir auf rot-gelbe und rot-grüne Förderungen hoffen. **Blind vertrauen** dürfen wir ihnen nicht.

Keine andere Haushaltsstelle hat in den letzten Jahren so bluten müssen wie der Unterabschnitt des öffentlichen Nahverkehrs.

**Eine Million Euro sind dem ÖPNV vom Haushalt 2000 zum Haushalt 2004 entzogen worden.**

Betrachtet man gar die **Jahresrechnungen, kommt nochmal fast 1 Million Euro dazu.**

Rund 500 Tsd, 300 Tsd und 150 Tsd Euro lagen die Ist Ergebnisse in den Jahren 2000 – 2002 nochmals unter den ohnehin schon zusammengeschmolzenen Planansätzen - eine zusätzliche, **versteckte** Finanzierung des Gesamthaushalts zu Lasten des ÖPNV.

Daß ein solcher Bremsvorgang den Bus ins Schleudern bringen muß, liegt auf der Hand.

Er muß deshalb noch nicht umkippen.

Der Bus muß aber umkippen, wenn der Fahrer, der Landrat, während des Bremsvorgangs abspringt mit dem Ruf „**ich bin nicht zuständig**“.

**Die Haushaltslage ist also kein Alibi** für das, was sich heute im ÖPNV abspielt.

Schon zum Jahresanfang hatten wir kritisch angemerkt, daß der ÖPNV in der Agenda des Landrats schlichtweg nicht mehr auftaucht.

Die erschreckenden Mängel des Nahverkehrsplanes, die im März und in den Monaten danach öffentlich wurden, sind das Ergebnis eines kommunalen Spitzenbeamten, der mit Unterstützung der Kreistagsmehrheit ein ihm per Gesetz zugewiesenes Aufgabengebiet **zu ignorieren beginnt**.

Finanzielle Nöte sind keine glaubhafte Entschuldigung, wenn eigenwirtschaftlich betriebene Linien aus der Definition der ausreichenden Verkehrsbedienug und dem Nahverkehrsplan verschwinden.

Unsere Kritik an solchen Mängeln des Nahverkehrsplans versuchte man noch als Rechthaberei wegzuwischen.

**Inzwischen ist der Scherbenhaufen offenbar geworden.**

An diesem Punkt stellen wir uns eine Frage: wann wird die VREA den Bedienungsraum II übernehmen (überraschend)?

Werden wir in absehbarer Zeit ein déjà-vu-Erlebnis haben, wie schon im Bedienungsraum I vor drei Jahren?

Der Scherbenhaufen, vor dem wir jetzt stehen, **betrifft nicht nur den Schülerverkehr**.

Wer will heute im Kreis Ahrweiler freiwillig auf einen Bus umsteigen?

Wem wollen wir in diesen Tagen ein Job-Ticket schmackhaft machen?

Wem sollen wir noch etwas über die Vorteile des Verbundtarifs erzählen?

Wie viele Lehrlinge müssen eine Lehrstelle ausschlagen, weil im Kreis Ahrweiler die Anfahrt zum Betrieb an den Besitz eines Autos geknüpft ist?

Wie kann es sein, daß Leuchtturmprojekte wie der Technologiepark Rheinland oder das Gründerzentrum in Sinzig im Nahverkehrsplan des Kreises überhaupt nicht vorkommen?

Für eine attraktive Infrastruktur braucht es **mehr als Autobahnanschlüsse und Wirtschaftsempfänge**.

Selbst für einen Minimal-ÖPNV braucht es **mehr als nur eine TÜV-Plakette**.